

Die neue deutsche Entwicklungspolitik: Privat vor Staat?

Vollzieht sich unter der neuen Bundesregierung ein Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik? Orientiert sich die Entwicklungszusammenarbeit ab sofort an privatwirtschaftlichen Interessen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion, die am 18. November auf Einladung des AK Internationales der Kölner Grünen im LVR in Köln-Deutz stattfand.

Unter der Moderation von *Susanne Alck*, Redakteurin beim WDR, diskutierten *Ute Koczy*, entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, *Dr. Jürgen Wilhelm*, Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes, *Gebhard Weiss*, Geschäftsführer der sequa gGmbH, eines gemeinsamen Tochterunternehmens der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, sowie *Michael Steeb*, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V.

Ute Koczy eröffnete die Diskussion mit scharfer Kritik an Bundesminister Dirk Niebel: Der Titel seines Ministeriums laute „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ – der zweite Teil käme jedoch in seiner Politik deutlich zu kurz. Ziel der Entwicklungszusammenarbeit sei es, Gesellschaften handlungsfähig zu machen, d.h. die ökologischen, sozialen, rechtlichen und demokratischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Unternehmen profitierten von positiven Rahmenbedingungen, hätten jedoch kein Interesse, sich selbst an ihrer Verbesserung zu beteiligen.

Dem widersprach Gebhard Weiss. Man dürfe Niebel nicht vorwerfen, dass er auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft poche. Vor 20 Jahren habe das Wort „Wirtschaft“ in entwicklungspolitischen Debatten noch nicht einmal erwähnt werden dürfen und auch vor zehn Jahren habe es noch große Skepsis hervorgerufen. Insofern begrüße er, dass nun jemand diesen wichtigen Aspekt stärker betone.

Michael Steeb pflichtete ihm bei, dass es einen Dreiklang zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gebe, die alle eine wichtige Rolle im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit spielten. Er plädierte durchaus dafür, die Interessen dieser drei Gruppen klar zu benennen und der Entwicklungszusammenarbeit kein „altruistisches Mäntelchen“ umzuhängen. Allerdings wies er darauf hin, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Praxis nicht auf Augenhöhe stattfinde. Auch sei es wichtig, dass eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht zu einer Außenwirtschaftsförderung für deutsche Unternehmen verkomme. Die Menschen vor Ort müssten weiterhin im Mittelpunkt stehen.

Ob die Förderung deutscher Unternehmen zum Ziel der Entwicklungspolitik unter FDP-Führung geworden sei, wurde von den Diskussionsteilnehmern kontrovers diskutiert. Während Ute Koczy diesen Vorwurf mit Verweis auf Beispiele wie den Bau der U-Bahn in Ho Chi Minh-Stadt erhob, wies Jürgen Wilhelm dies zurück. Ohnehin sei die Zuspitzung „Privat vor Staat“ ein künstlicher Antagonismus. Beides sei notwendig, vernünftige Rahmenbedingungen ebenso wie eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er warne auch vor einer „Omnipotenz-Falle“: Niemand solle glauben, man könne alle Probleme lösen, indem man den Umfang der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit einfach immer weiter erhöhe.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurden verschiedene Fragen aufgeworfen. Wie zu vermeiden sei, dass eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit, die das Engagement deutscher Unternehmen vor Ort fördere, zu unerwünschten Mitnahmeeffekten bei den Unternehmen führe? Und ob die deutschen Entwicklungshelfer, die in der Regel ihr gesamtes Berufsleben in der Entwicklungszusammenarbeit verbrächten, tatsächlich über die notwendigen Qualifikationen für eine stärkere Ausrichtung auf den wirtschaftlichen Sektor verfügten?

Zum Abschluss richtete Ute Koczy noch einmal den Fokus auf die staatliche Entwicklungszusammenarbeit, die dafür verantwortlich sei, die Rahmenbedingungen zu verbessern, insbesondere auch die Nachhaltigkeit im Blick zu behalten und eine faire, gerechte Verteilung gesellschaftlichen Wohlstands anzustreben. Sowohl Michael Steeb als auch Jürgen Wilhelm teilten die Einschätzung, dass es die vorrangige Aufgabe der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sei, die Rahmenbedingungen vor Ort zu verbessern. Michael Steeb ergänzte allerdings, dass der Privatsektor dem Staat häufig überlegen sei, wenn es um das Gespür für die Bedürfnisse der Menschen gehe. Gebhard Weiss schließlich wünschte sich mehr Flexibilität bei der Vergabe staatlicher Entwicklungsmittel. Man müsse sich häufiger die Frage stellen: Gibt es Akteure, die bestimmte Dinge besser können als der Staat beziehungsweise staatliche Organisationen?

Patrick Kopischke